

Solidarität für alle. Die AWO.

Wilhelm Schmidt¹

Die AWO-Wahlperiode 2012–2016 hat uns alle ziemlich gefordert. Der Verband hat sich über alle Gliederungen als Anbieter von sozialen Dienstleistungen enorm weiterentwickelt. Der Mitgliederverband stagniert trotz intensiver Anstrengungen. Der Bundesverband und auch ich selbst haben die Verbandsentwicklung als Kernaufgabe wahrgenommen – leider noch nicht überall mit großer Resonanz. Gern denke ich an die gemeinsame Konferenz mit dem Jugendwerk 2014 zurück, das war ein wichtiger Impuls. Und wir haben uns 2014 im solidarischen Diskurs ein neues Statut gegeben und damit gezeigt, dass wir Wert auf einheitliche Grundsätze legen.

Meine vielen Besuche in den Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden, auf Fachkonferenzen und meine Begegnungen mit Partnern in Verbänden, Organisationen und Stiftungen sowie in der Politik haben für uns alle viele wichtige Kenntnisse und Kontakte geschaffen.

Die AWO-Spitze hat viel Verantwortung getragen und Solidarität bewiesen. Ich habe – auch aus verbandspolitischer Sicht und um Zeichen zu setzen – den Vorsitz in mehreren Gremien selbst übernommen (Kommission gegen Rechtsextremismus, Ethikrat, Ad-hoc-Kommission Compliance, Verbandskommission, Grundsatzkommission). Ich bin sehr dankbar dafür, dass meine

Stellvertreter*innen Iris Spranger (Finanzbeirat), Rudi Frick (AWO International, ISS, Solidar, Satzungskommission), Thomas Beyer (Fachausschuss Soziales, Nationale Armutskonferenz) und Michael Scheffler (Historische Kommission) ebenfalls viel zur guten Aufgabenerfüllung beigetragen haben. Dazu gehören auch Christiane Reckmann (als Vorsitzende des Zukunftsforums Familie und des Fachausschusses Jugend, Familie und Frauen) und Gerwin Stöcken (als Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission von AWO und Jugendwerk). Insgesamt hat sich das Präsidium, vor allem aber der Präsidialausschuss, als hervorragendes Team erwiesen. Dafür bin ich dankbar.

Die Mitarbeit vieler Vertreter*innen aus den AWO-Gliederungen an unserer Arbeit ist enorm und außerordentlich hilfreich. Danke!

Unser Vorstand leistet exzellente Arbeit. Immer neue Aufgaben insbesondere bei der Interessenvertretung in der Politik und in den Partnerorganisationen sorgen für enorme Belastungen. Ein besonderer Dank an Wolfgang Stadler und Brigitte Döcker und an das Team der Bundesgeschäftsstelle. Ihr leistet Vorbildliches!

Im politischen Raum ist es gut, dass wir bei der SPD seit über zwanzig Jahren unsere einmalige AWO-Parlamentariergruppe haben, die unser Netzwerk effizient unterstützt. Danke an den engagierten Vorsitzenden Michael Groß, MdB aus Marl/Westfalen.

Unsere Kräfte setzen wir darüber hinaus auch in den Dachorganisationen ein.

1 Der Text ist das Manuskript zum Bericht des Präsidiums der AWO, gehalten auf der AWO-Bundeskongress in Wolfsburg am 25. November 2016.

Manchmal sagen wir wohl auch etwas zu selten „Nein“ auf entsprechende Anfragen. Wolfgang Stadler war ein beispielloser Präsident der BAGFW, der dieser Dachorganisation neues Leben eingehaucht und gezeigt hat, was Solidarität über Verbandsgrenzen hinweg sein kann. Er gestaltet jetzt auch im Deutschen Verein mehrere Gremien und Aufgaben mit ähnlicher Energie. Das gilt auch für Brigitte Döcker und Thomas Beyer. Ich habe drei Jahre sehr viel Zeit und Gehirnschmalz in die 7. Altenberichtskommission gesteckt – es hat sich ebenso gelohnt wie die acht Jahre als Präsident des Deutschen Vereins. Jetzt fordert das Engagement im ZDF-Fernsehrat viel Einsatz, seit einigen Wochen als Erster Stellvertretender Vorsitzender dieses Fernseh-Parlaments.

Das führe ich nur aus, um allen Genannten und den vielen nicht Genannten Dank sagen zu können. Alles andere ist im Detail den vielen schriftlich vorgelegten Berichten zu entnehmen.

Ich nutze die Gelegenheit dieser Bundeskonferenz in politisch turbulenten und unsicheren Zeiten, um einige grundsätzliche Überlegungen vorzutragen. Denn wir können und sollten in der AWO nicht so tun, als lösten wir unsere vielfältigen Aufgaben im sozialen Sektor und im Verband und der Rest ginge uns nichts an. Alles hat nämlich so oder so miteinander zu tun!

Wir leben in einer Welt voller Kriege, Gewalt, Armut, Krankheiten, Hunger, Klimaveränderungen und Katastrophen, in der mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Mehr als eine Million hat seit Spätsommer 2015 auf zum großen Teil gefährlichen Wegen nach Deutschland gefunden.

Was hat das in Deutschland und Europa – in einer der reichsten Regionen weltweit

– ausgelöst? Eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft einerseits, eine unfassbare Ablehnung, gepaart mit unverhohlener Radikalisierung und Gewalt andererseits.

Wenn wir nur einen ungeschönten Blick auf Deutschland werfen, stellen wir (ebenso wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Tagen („Gesplante Mitte – feindselige Zustände“)) fest: Wir sind mehr denn je eine konfliktbeladene Gesellschaft. Den „Sachsen-Monitor“ vom Anfang dieser Woche will ich nicht weiter zitieren und kommentieren, denn da könnte man fast depressiv werden. Nur zwei von zwei Dutzend Befunden als Beispiel: Nur ein Drittel der Befragten vertraut dem Bundestag, 69 Prozent haben tiefe Ressentiments gegenüber Muslim*innen.

Neben den neuen und intensiven Auseinandersetzungen, die eine solche Spaltung hervorbringt, schärft sie aber auch das Bewusstsein. Menschenwürde, Menschenrechte, soziale Absicherung, soziale Finanzierungsgrundlagen, praktizierte Solidarität und Hilfe – manches davon war in der deutschen Öffentlichkeit ziemlich verschüttet. Oder?

Ein Blick in die Geschichte der AWO zeigt gerade den engagierten Menschen in der AWO, in der SPD und in den Gewerkschaften, dass auch in Deutschland in vielen Epochen Flucht und Vertreibung erlitten wurde. Und immer gab es massive Widerstände versus massive Hilfsbereitschaft bei der Integration.

Das lehrt uns: Aus menschlicher Überzeugung, aus Achtung vor unseren Grundwerten und weil Solidarität für uns ein konkreter Auftrag ist, setzen wir uns mit dem großen Einsatz Tausender Freiwilliger und Hauptberuflicher in zahllosen AWO- und Partner-Projekten für die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen ein.

Wir erwarten im politischen Raum:

- Kein Gezerre und Geschiebe um die Mitfinanzierung von Bund und Ländern, viel Unterstützung der Projekte, dauerhafte Finanzierung, Vernetzung im Quartier.
- Wir erwarten, dass die soziale Infrastruktur für alle Menschen in Deutschland nach dem objektiven Bedarf ausgebaut und gesichert wird. Das gilt für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte, Beratungseinrichtungen jeder Art, das Gesundheits- und das Bildungswesen, um nur einige zu nennen.
- Wir erwarten, dass alle Menschen in bezahlbarem Wohnraum leben und alle sozialen Angebote erreichen können.

Wer die mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Aufgaben betrachtet, weiß, dass es eine Fülle von sozialen und gesellschaftlichen Problemen schon „vor dieser Zeit“ gegeben hat, die nicht oder unzureichend gelöst waren. Ich will etwas zur Armut, zu den Bildungsbenachteiligungen, zur Engagementbereitschaft und zu Populismus und Radikalität in der Gesellschaft sagen.

Es ist eine fatale Entwicklung, wenn in einem reichen Land wie Deutschland die Armut bzw. Armutsgefährdung von einem Sechstel der Bevölkerung festgestellt werden muss. Von den noch schlimmeren Befunden in den anderen Ländern Europas und der Welt will ich nur im Ansatz sprechen.

Ausgangspunkt für die Armut ist nach Erkenntnissen der AWO, des ISS und vieler anderer wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen, die große Schere in den Einkommen, das Versperren von Bildungszugängen, Ungerechtigkeiten bei Besteuerung und Sozial-

abgaben, um nur die wichtigsten Gründe zu nennen.

Weltweit wird seit Jahrzehnten, auch in Deutschland, eine Politik für wenige und zulasten der großen Mehrheit der Bevölkerung gemacht. Nicht immer vorsätzlich, meist fahrlässig, sind politische Grundsatzentscheidungen getroffen worden (übrigens wegen der vermeintlichen „Sachzwänge“ in der rot-grünen Koalition ab 1998 auch mit meiner aktiven Beteiligung), die vielen Menschen letztlich nicht geholfen haben. Der dominante Ökonomismus hat einen Druck entwickelt, der viel Einfluss gehabt hat und noch heute hat. Ich schenke mir jetzt weitere Einzelheiten.

Aber klar ist: Wenn man wegen nicht vorhandener Mehrheiten nicht die Minimalregelungen für eine gerechte Sozialversicherung (keine Zwei-Klassen-Systeme!) und für ein gerechtes Steuersystem (nicht nur in der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, sondern auch bei der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung, bei der Schließung von Steuerschlupflöchern) hinkommt. Und wenn dann andererseits bei der Familien- und Bildungsförderung viele Elemente von Entlastung nicht gelingen, dann kann man sich über Millionen arme Menschen, vor allem Alleinerziehende mit Kindern, nicht wundern. Es wird wirklich Zeit, über eine Ablösung der unüberschaubaren und oft fehlsteuernden Familienleistungen durch eine Kindergrundsicherung ernsthaft nachzudenken! Und die Prognosen über eine sich weiterverbreitende Altersarmut müssen schon jetzt als deutliches Warnsignal verstanden werden!

Das und vieles mehr schafft Unsicherheit bei den Menschen und sorgt für Vertrauensverlust in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und – viel schlimmer noch – sogar gegenüber der Demokratie.

Das wird von uns nicht hingenommen!

Noch weniger hingenommen wird von uns, dass sich weltweit, aber auch in Deutschland, die Populist*innen und Radikalen diese Stimmung und diese Entwicklung zunutze machen. Und dabei werden einzelne Gruppen in der Gesellschaft verunglimpft und zur Stimmungsmache missbraucht, ob das die Arbeitslosen, die Flüchtlinge, die Migrantinnen und Migranten, die Homosexuellen, Menschen mit Behinderung oder andere sind. Unfassbar, was sich heute – und das nicht nur am Stammtisch oder am Wohnzimmermisch – in dieser Hinsicht abspielt.

Und die Wirkung spüren wir tagtäglich alle. Viele Hemmschwellen fallen. „Das wird man ja noch mal sagen dürfen“ wird zum Einfallstor für Menschenverachtung, die politisch schrittweise salonfähig wird. Nationalismus und Rechtsextremismus finden einen Nährboden. Diese Wirkungen kennen wir aus der Geschichte leider nur zu gut. In der Bismarck- und Kaiserzeit wurde die Arbeiterbewegung verfolgt, von den Nazis wurde das auf die Spitze getrieben. Verfolgung, Einkerkierung und Ermordung von Jüdinnen und Juden, Homosexuellen, Behinderten, Sinti und Roma, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Kommunistinnen und Kommunisten, Gewerkschafts- und AWO-Mitgliedern waren die üble Folge.

Wer das in der Familie, im Bekanntenkreis, im Kreis der AWO-, Gewerkschafts- oder der SPD-Mitglieder vermittelt bekommen hat, kann nicht untätig bleiben. Wir wollen uns nicht auch in einigen Jahren verhalten lassen, was Erich Kästner 1954 etwa so formuliert hat: „Eigentlich haben wir schon 1927 ahnen können, was mit den Nazis auf uns zukommt – und trotzdem hat es keinen entscheidenden Widerstand gegeben!“

Wenn man in Deutschland die immer noch vorhandenen Neonazi-Gruppen und die Wahlerfolge der AfD fast überall, vor allem aber kürzlich in Mecklenburg-Vorpommern (zweitstärkste Partei!), sieht, wenn man die Populist*innen und Nationalist*innen in Großbritannien sieht, die den Brexit herbeigefaselt haben, wenn man Trump und seinen Wahlsieg in den USA sieht – dann müssen wir alle und eigentlich auch die Letzten wach werden!

Als Vertreter der AWO im ZDF-Fernsehrat und damit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen sehe ich auch eine Mitverantwortung der Medien. In den 1930er-Jahren war es Hugenberg, der mit seinem Medienimperium aktiv die Nazis unterstützt hat. So etwas gibt es heute glücklicherweise nicht. Aber den rechtsnationalen Populismus und seine Establishment-Kritik interessant zu machen („Die geben es denen da oben“) und dabei nicht auf die mangelnde oder widersprüchliche Lösungsrhetorik der Populist*innen hinzuweisen, kann genauso gefährliche Entwicklungen befördern. Und die Verbreitung und Brutalität von Parolen im Internet ist eine zusätzliche Gefahrenquelle. Meine eigene Test-Plattform auf Facebook zeigt mir das überdeutlich.

Wir rufen aus Grundüberzeugung und vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrungen dazu auf, endlich gemeinsam in der Gesellschaft, in der Politik, in der Wirtschaft und in den Medien aufzustehen und gegen jede Form von Radikalität, Extremismus, Respektlosigkeit, Menschenverachtung, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt laut Einspruch zu erheben! Und das nicht nur auf Anti-Pegida-Demos oder einmal im Jahr in der „Woche gegen Rassismus“ (wo die AWO in diesem Jahr mit über 1.000 Aktionen Vor-

bildliches geleistet hat), sondern immer und überall!

Dazu braucht man Mut. Wer ehrlich und selbstkritisch mit sich selbst umgeht, der wird das bestätigen, mir geht das manchmal auch so. Und dann denke ich an meinen Großvater, der von den Nazis ins KZ gebracht wurde und glücklicherweise überlebt hat. Nie wieder! Und wehret den Anfängen! Das dürfen keine leeren Parolen bleiben, sondern Auftrag zum gesellschaftlichen Widerstand! Die AWO soll noch mehr als bisher als treibende Kraft gegen Rassismus und Gewalt wahrgenommen werden.

Mindestens genauso wichtig ist es, diesen radikalen Entwicklungen den Boden zu entziehen und den Menschen wieder das Vertrauen in das gesellschaftliche Miteinander und in die Politik zurückzugeben. Das ist eine Riesenaufgabe, und trotzdem müssen wir sie angehen.

Dabei gilt die alte Losung der Arbeiterbewegung mehr denn je: „Gemeinsam sind wir stark!“

Auch hierfür sind unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität eine gute Orientierung. Diese Bundeskonferenz wird in vielen Anträgen darüber beraten und Vorschläge an die Politik im Bund, in den Ländern und in den Kommunen erarbeiten. Wenn es nicht schrittweise, aber spürbar gelingt, die Ungerechtigkeiten in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt, in der Steuerpolitik, in der Familienförderung, in der Bildungsstruktur und in der örtlichen Gemeinschaft abzubauen, dann wird es schwer sein, das vorher genannte Ziel zu erreichen.

Zum Beispiel: Es ist und bleibt unser Anliegen, dass Kindern und Familien, vor allem den Alleinerziehenden, jede Möglichkeit geboten wird, alle Bildungschancen zu erreichen. Nichts darf vom Geldbeutel der

Eltern abhängen! Beitragsfreiheit von der Kinderkrippe bis zum Studium muss das Ziel unserer Bemühungen sein – und das ohne Abstriche bei der Qualität! „Bildung ist Menschenrecht“ hat die große Jutta Limbach vor ein paar Jahren in einem Interview unseres Verbandsmagazins gesagt. Das war deutlich und gilt immer!

Was wurde in den Jahren seit der Wende – manchmal fehlgeleitet, aber doch vom Volumen her richtig – in den Aufbau und die Modernisierung von Strukturen in den neuen Bundesländern gesteckt. Trotzdem ist hier noch viel zu tun, auch mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels. Was ist an Milliarden/ Billionen aufgebracht worden, um Ende des vorigen Jahrzehnts die Bankenkrise zu bewältigen und Banken zu retten. Trotzdem sind in allen Bereichen Deutschlands Strukturdefizite entstanden (in Bildungs-, Gesundheits-, Altenhilfe-Einrichtungen, im Wohnungs- und Verkehrsbereich, um nur einiges anzudeuten).

Darum ist es richtig, was ich schon seit längerem gefordert habe und was jetzt grundsätzlich von der Großen Koalition auch umgesetzt worden ist: der Solidarzuschlag bleibt bestehen und wird als Strukturhilfe-Instrument des Bundes, der Länder und der Kommunen eingesetzt. Und wenn die EU wieder an Akzeptanz gewinnen möchte, wird sie den ESF, EFRE und andere Förderinstrumente ausbauen und noch mehr als bisher für die Menschen in der EU erschließbar gestalten.

Die staatlichen Regeln (Mindestlohn, Schwarzarbeit, Leih- und Zeitarbeit u. a.) sind in dieser Wahlperiode dank dem Einfluss der SPD besser geworden. Nun muss dem auch noch das Handeln in der Wirtschaft folgen. Missbrauch, Lohndumping, Tariffucht werden wir immer wieder öffentlich anprangern. Das muss weg aus unserem

Lande, weil es bei der Armutsbekämpfung hilft und weil es menschlich ist.

Übrigens: Das Sozialstaatsgebot ist ein unveränderbares Prinzip im Grundgesetz. Dass damit die Daseinsvorsorge abzusichern ist, versteht sich. Eine „Schwarze Null“, die das oberste Gebot des Bundesfinanzministers ist, steht damit nicht im Einklang!

Aber wir müssen auch selbst anpacken, wir in der AWO, jede und jeder Einzelne. Solidarität für alle! Das heißt, nach Johannes Rau: „Solidarität, das ist doch nicht der aufmunternde Zuruf an die Schwachen, sie möchten beieinanderbleiben, sondern das ist die Bereitschaft der Starken, mitzutragen, damit die Schwachen nicht so viel zu tragen haben.“ Und: „Dass die Starken und Schwachen zusammengehören, muss wieder zum politischen Prinzip werden und darf nicht aus Haushaltsgründen verabschiedet werden.“

Solidarität ist Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Wir lassen das durch Niemanden mit dem Begriff der Gleichmacherei in Misskredit bringen!

Wir werden uns aktiv zur Vorbeugung und zum Abbau von Armut einsetzen, wir werden weiter nachdrücklich eintreten für eine gerechte Struktur und Finanzierung in allen Zweigen der Sozialversicherung. Ich verweise auf unseren Initiativantrag zu dieser Konferenz, der unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2017 kurz, knapp und zuspitzend aufführt.

Das von Johannes Rau schon eingeforderte aktive Mithelfen entspricht der Geschichte der AWO, die nach beiden Weltkriegen als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung und als solidarischer Dienst für die Menschen gegründet bzw. wiedergegründet worden ist. Das ist die Grundlage für all unser Tun – auch wenn uns marktwirtschaftlich basierte sozialö-

konomische Angebote immer intensiver beschäftigen. Immer muss der Mensch im Mittelpunkt stehen, der unsere Hilfe braucht – auch das stammt von Marie Juchacz.

350.000 Mitglieder in 4.000 Ortsvereinen, mehr als 400 Kreisverbänden und 30 Landes- und Bezirksverbänden, 17.000 Sozialeinrichtungen mit 215.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – das und mehr ist die AWO heute. Wir haben – bis auf wenige unrühmliche Ausnahmen – unseren Wertekanon und unsere Leitsätze verinnerlicht. Und wir sind alle stolz auf diese Entwicklung und das damit einhergehende freiwillige und berufliche Engagement und die umfangreiche Hilfe für Millionen Menschen.

Und morgen werden wir berichten, dass wir diesen Stolz im nächsten Jahr in Form eines längst überfälligen Denkmals für unsere Gründerin Marie Juchacz am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg für alle Zeiten in Stahl gemeißelt festhalten werden!

Aber: Erreichen wir noch alle unter unserem Dach mit unseren Botschaften? Wie können wir neue Mitglieder und Leistungsträger*innen motivieren? Was ist mit neuen und alten Partnern im Umfeld der „Arbeiterbewegung“ und darüber hinaus? Gibt es wirklich einen Stolz, der uns dazu bringt, positiv und aktiv auf andere zuzugehen und sie mit unseren Themen zu gewinnen?

Wenn ich die aktuelle Lage – wie vorhin skizziert – betrachte, dann habe ich manchmal ein wenig Angst um unser Land und seine Menschen. Aber das kann und darf kein Merkmal unseres Einsatzes sein – und die, die hier sind, kennen solche Bedenken aufgrund ihres eigenen jahrzehntelangen Einsatzes sowieso nicht.

Wir dürfen nicht zur aktiven Minderheit in einer ansonsten schweigenden, selbstge-

immer intensiver
is der Mensch im
isere Hilfe braucht
arie Juchacz.

4.000 Ortsverei-
erbänden und 30
inden, 17.000 So-
5.000 Mitarbeite-
- das und mehr ist
n – bis auf wenige
- unseren Wer-
ätze verinnerlicht.
uf diese Entwick-
gehende freiwilli-
nent und die um-
nen Menschen.
ir berichten, dass
sten Jahr in Form
Denkmals für un-
acz am Mehring-
für alle Zeiten in
werden!

noch alle un-
seren Botschaf-
e Mitglieder und
ktivieren? Was ist
tern im Umfeld
und darüber hi-
en Stolz, der uns
aktiv auf andere
seren Themen zu

age – wie vorhin
habe ich manch-
unser Land und
s kann und darf
satzes sein – und
solche Bedenken
jahrzehntelangen

tiven Minderheit
genden, selbstge-

rechten und unsolidarischen Gesellschaft
werden! Viele Menschen in unserem Lande
und weltweit könnten einfach zu viel da-
durch verlieren.

Als einer, der seit mehr als fünfzig Jah-
ren aktiv in der Sozialdemokratie mitarbei-
tet, finde ich, dass in jeder SPD-Generation
Fehler gemacht worden sind. Das Verhältnis
zwischen AWO und SPD war dabei nicht
immer spannungsfrei. Ich will aber aus
meiner Sicht festhalten, dass der Kompass
gestimmt hat und unverändert stimmt. Das
offene SPD-Forum „Wir schreiben Zukunft
– die Kräfte des Landes bündeln, Orientie-
rung geben, Vertrauen schaffen“ hat dazu
vor wenigen Tagen viele kluge Beiträge zu-
sammengetragen. Und dass wir zum AWO-
Jubiläum 2019 einen Bundespräsidenten ha-
ben werden, der nicht zufällig AWO- (und
auch SPD-)Mitglied ist, finde ich außeror-
dentlich motivierend. Dank an Sigmar Ga-
briel und Frank-Walter Steinmeier! Darauf
werde ich morgen bei der Begrüßung von
Sigmar noch einmal eingehen.

Wir alle sind aufgefordert, als AWO ge-
meinsam die aktuellen und zukünftigen
Herausforderungen zu erkennen und ak-
tiv anzunehmen. Da mir die Aufgabe trotz
mancher unnötiger Schwierigkeiten immer
Freude bereitet hat und ich mich fit für wei-
tere „Taten“ fühle, habe ich dem Wunsch,
noch einmal als Präsidiumsvorsitzender zu
kandidieren, gern entsprochen. Den Gene-
rationenwechsel verschieben wir noch ein-
mal – und bis dahin wird kräftig gemeinsam
auf allen AWO-Ebenen angepackt!

In diesem Sinne: „Solidarität für alle. Die
AWO.“, „Glück auf!“ und „Freundschaft“.
Uns allen eine gute Bundeskonferenz in
Wolfsburg und positive Jahre auf dem Weg
zum Jubiläumsjahr 2019!

Wilhelm Schmidt
ist Vorsitzender des Präsidiums des
AWO Bundesverbandes e.V.
E-Mail: praesident@awo.org